

Berliner Justiz kämpft: Ruheständler sollen Nachwuchs unterstützen!

Andrea Diekmann fordert Maßnahmen zur Personalbindung in der Berliner Justiz, um Wissenserhalt und Nachwuchsgewinnung zu stärken.



Berlin, Deutschland - Die Präsidentin des Berliner Kammergerichts, Andrea Diekmann, hat neue Ansätze vorgestellt, um erfahrene Mitarbeitende länger an die Justiz zu binden. In zahlreichen Gesprächen mit ausscheidenden Mitarbeitern wurde deutlich, dass viele von ihnen ihr Wissen und ihre Erfahrung nach der Pensionierung weitergeben möchten. Diekmann sieht in dieser Weitergabe ein unverzichtbares Potenzial.

Ein zentraler Vorschlag von Diekmann beinhaltet, Mitarbeiter nach ihrer Pensionierung oder Berentung mit kleineren Verträgen weiterhin zu beschäftigen. Während diese Praxis im Richterbereich bereits für Arbeitsgemeinschaften oder

Staatsprüfungen etabliert ist, wird sie im nicht richterlichen Bereich als unzureichend erachtet. Um die Lücke zu schließen, die durch die Altersabgänge entsteht, sollen neueinstellungen populär gemacht werden.

Personalmangel in der Justiz

Das Problem des Personalmangels in der Justiz ist nicht neu und betrifft nicht nur Berlin. Laut einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur leiden viele Bundesländer weiterhin unter einer unzureichenden Anzahl an Richtern und Staatsanwälten. Insbesondere die hohe Anzahl an Asylverfahren führt zu einer Überlastung der Justiz, was sich in der Länge von Strafverfahren widerspiegelt oder dazu führt, dass einige Verfahren eingestellt werden müssen. Der Deutsche Richterbund fordert daher 2.000 zusätzliche Richter und Staatsanwälte, um der aktuellen Situation entgegenzuwirken.

Berichte zeigen, dass etwa 40% aller Richter und Staatsanwälte bis 2030 in den Ruhestand gehen werden. Besonders alarmierend ist die Situation in Thüringen, wo bis 2031 zwei Drittel der Richter und Staatsanwälte ausscheiden. Auch in Ostdeutschland wird prognostiziert, dass bis 2033 bis zu 50% der Juristen in den Ruhestand gehen werden. In diesem Kontext gewinnt die Kampagne #youstiz in Berlin an Bedeutung, um junge Menschen über Social Media für eine Karriere in der Justiz zu gewinnen.

Veränderungen im Justizsystem

Diekmann hat außerdem die Notwendigkeit betont, die Verzahnung mit der Schulverwaltung zu stärken. Dabei könnte der Rechtskundeunterricht in Schulen von Senioren, die ihre Erfahrung weitergeben, profitiert. Die Integration von Praktika mit Gerichten in die Lehrerbildung soll ebenfalls gefördert werden, um frühzeitig das Interesse für juristische Berufe zu wecken.

Die aktuelle Situation in der Justiz wird jedoch nicht nur durch Altersabgänge belastet, sondern auch durch strukturelle Herausforderungen. Eine Veranstaltung des Deutschen Richterbundes in Kiel, die am 18. März 2024 stattfand, thematisierte den chronischen Personalmangel und den anstehenden Nachwuchsbedarf in den kommenden Jahren. Es wurde deutlich, dass trotz einer Aufstockung der Stellen, viele Länder weiterhin Schwierigkeiten haben, ihre Justiz effizient zu betreiben.

Ein einheitlicher Lösungsansatz scheint jedoch fern, da die Problematik von unzureichender Besoldung, schlechten digitalen Arbeitsbedingungen und der Unsicherheit des Standorts beeinflusst wird. Daher ist eine frühzeitige und wertschätzende Ansprache des Nachwuchses während des Studiums sowie im Referendariat unerlässlich.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Bemühungen um die Bindung und Gewinnung von juristischen Fachkräften in verschiedenen Bundesländern dringend notwendig sind, um die Funktionsfähigkeit der Justiz zu sichern.

Details	
Vorfall	Regionales
Ursache	Personalmangel
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.faz.net• www.lto.de• www.drb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de